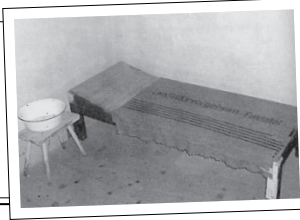


Missbrauch: Zahlreiche neue Meldungen

38 Personen haben sich in den vergangenen zwei Wochen bei der Tiroler Anlaufstelle für Missbrauchsoffer gemeldet. Damit ist die Zahl nun auf insgesamt 151 Personen angestiegen.



Der „Besinnungsraum“ in Linz-Wegscheid

An den „Besinnungsraum“ in Linz-Wegscheid, auch Korrektionszelle genannt, kann sich Matthias A. gut erinnern: „Das war eine Zelle mit Bett und Matratze und einer vergitterten Glühbirne.“ Foto: JHW Wegscheid

Orden für die Erzieher

die beiden gegen die Aufarbeitung der Geschichte wehrten, wurde dem Historiker nach Recherchen klar. In einer Anzeige aus dem Jahr 1971 wird dem Erzieher A. vorgeworfen, mit „kräftigen Fausthieben und Schlägen mit einem Schlüsselbund einen Zögling blutig geschlagen“ zu haben. Er soll damals zu

einer Geldstrafe verurteilt worden sein.

In einem offenen Brief versuchten vier Jugendliche 1988 auf Schläge und Beschimpfungen im Heim, das in dieser Zeit von R. geleitet wurde, hinzuweisen. „Nicht nur diejenigen, die am Schluss die Grausamkeiten machen, sondern die führenden

Personen, die das gedeckt haben, sind die Täter“, erklärt dazu der Historiker Horst Schreiber, Mitglied der Expertengruppe für Missbrauchsfälle in Tiroler Heimen. „Linz-Wegscheid war schon eher eine Kaserne, in der Jugendliche menschenunwürdig behandelt wurden.“

Doch ausgerechnet Lei-

ter R. und Erzieher A. sind – wie jetzt bekannt wurde – Ende Mai von Landeshauptmann Pühringer mit der Verdienstmedaille des Landes Oberösterreich ausgezeichnet worden. „Wenn Orden vergeben werden, dann für die Kinder, die unter ihnen gelitten haben“, kann es der ehemalige Bewohner des Heims, Matthias A., nicht fassen. „Ein Hohn für die Opfer von Linz-Wegscheid“, ärgert sich John. Für Schreiber sind diese Orden nur „durch ein Netzwerk zur Politik“ zu erklären. Im Büro des Landeshauptmanns Pühringer will man nichts von der Vergangenheit der Ausgezeichneten gewusst haben. Inzwischen liegt ein Antrag vor, die Orden wieder abzuerkennen.

„Oberösterreich ist im Gegensatz zu Tirol ein Land, das die Aufarbeitung bis jetzt aktiv verweigert hat“, zeigt Schreiber auf. Einen Opferfonds, aus dem auch die Tiroler Bewohner des Heims Linz-Wegscheid entschädigt werden könnten, gibt es bislang nicht.

„Kopfgeld“ auf Kinder ausgesetzt

Linz – Heimtourismus hieß es damals, wenn schwer erziehbare Kinder möglichst weit weg vom familiären Umfeld untergebracht wurden. Matthias A. war einer jener Tiroler, die ins Jugendheim Linz-Wegscheid mussten. Bei seinem Aufenthalt Ende der 90er-Jahre haben die Erzieher schon nicht mehr selbst geschlagen, immerhin war die körperliche Züchtigung 1971 verboten worden. Dafür wandten sie ein anderes Mittel der Kontrolle an: „Wenn ein Zögling abgehauen ist, haben sie Kopfgeld auf ihn ausgesetzt. Wir Älteren haben den dann eingefangen und ihn uns vorgeknöpft.“

Diese Brutalität will er nicht verteidigen, aber „nur so konnte man in Linz-Wegscheid überleben“. Die Erziehungsmethoden kamen ihm damals allerdings schon altmodisch vor. „Man hätte das anders lösen können. Wir Jugendliche haben uns ja eigentlich fast selbst erzogen.“ Mit 18 Jahren wurde Matthias A. für volljährig erklärt und ging vorerst wieder nach Tirol. „Ich habe den Weg zurück in ein normales Leben geschafft, viele andere von dort aber leider nicht.“ (chris)



waren auch 30 Tiroler hinter den Heimgittern eingesperrt. Fotos: Shutterstock, Sozialpädagogisches Jugendwohnheim Wegscheid

Vorbild für andere Bundesländer

Tirol, die Zahlungen wie bei der Opferschutzkommission für kirchliche Ein-

richtungen gestaffelt sein. Die Untergrenze liegt dort bei 5000 Euro, bei schwe-

ren Delikten kann die Summe 25.000 Euro oder mehr betragen. Auch Vor-

arlberg will sich an diesen Zahlen orientieren. Das Land Steiermark hat am Freitag angekündigt, dass die Hilfestellungen ähnlich dem Tiroler Modell gestaltet werden.

Eine staatliche Kommission, die übergeordnet koordiniert und deshalb von vielen Experten als notwendig angesehen wird, ist derzeit nicht vorgesehen. (chris, TT, APA)

Entschädigung für Missbrauchsoffer

In **Tirol** sollen die Entschädigungszahlungen zwischen 15.000 und 25.000 Euro liegen. **Wien, Steiermark** und **Vorarlberg** haben vergangene Woche ähnliche Opferfonds

angekündigt. In **Salzburg** wird die offizielle Opferanlaufstelle am 3. September ins Leben gerufen. **Niederösterreich** fordert eine bundesweite Aufarbeitung, ist aber wie **Kärnten**

bereit, Therapiekosten zu übernehmen. Im **Burgenland** und **Oberösterreich** wurden bislang erst die Jugendanwaltschaften mit der Bearbeitung der Fälle beauftragt.